

Universitätsstadt Tübingen

Referentin des Baubürgermeisters

Cornelia Brausam-Schmidt, Telefon: 204-2202

Gesch. Z.: 02R

Vorlage 420/2011

Datum 07.12.2011

Berichtsvorlagezur Behandlung im: **Ausschuss für Planung, Verkehr, Energie und Umwelt**zur Kenntnis im: **Jugendgemeinderat**

Betreff: Ausweisung von Graffiti-Flächen

Bezug: Vorlage 519/2011, 345/2006

Anlagen: 1 Bezeichnung: Graffiti als Spagat zwischen Kunstform und Vandalismus, Staatsanzeiger
29.06.2011

Zusammenfassung:

Aus einer Liste mit vom Jugendgemeinderat vorgeschlagenen Flächen konnten in Abstimmung mit den Eigentümern mehrere Flächen ausgewählt werden, die für eine Ausweisung als legale Graffiti-Fläche geeignet wären. Von Seiten der Polizei in Tübingen bestehen grundsätzliche Bedenken gegen eine Erweiterung der Graffiti-Angebote.

Ziel:

Vor einer Klärung der Rahmenbedingungen und Regeln zwischen Eigentümern, Jugendlichen, Polizei, Fachabteilung Ordnung und Gewerbe sowie der Fachabteilung Jugendarbeit für eine Ausweitung des Angebots soll die Meinung des Gemeinderats über ein solches Vorgehen eingeholt werden.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Der Jugendgemeinderat hat 2008 eine Liste von 16 Bauwerken zusammengestellt, die bereits jetzt illegal vor allem mit Tags besprüht werden und von deren Legalisierung der JGR einerseits eine größere Akzeptanz für diese Form der Jugendkunst erwartet, andererseits auch eine Reduzierung der illegalen Sprayaktivitäten. Im Fachbereich Tiefbau wurden die in der Liste vorgeschlagenen Bauwerke begangen, fotografiert und auf ihre Eignung für das Vorhaben bewertet. Alle Bauwerke werden bereits jetzt immer wieder illegal besprüht. Eigentümer sind Stadt, Stadtwerke, Bahn AG, Ammertalbahn, Straßenbauverwaltung und Private. Zur Zeit gibt es in Tübingen nur drei legale Sprayflächen: beim Jugendhaus Pauline, beim Jugendclub Mixed-Up im frz. Viertel und beim Bauhof im Schwärzlocher Täle, die von Herr Ridder von der FAB Jugend betreut werden. Diese Flächen sind aber bei den Jugendlichen nur wenig bekannt.

Mit Vorlage 519/2011 hat die Fraktion AL/Grüne beantragt, die Wände des Fahrradtunnels durch den Schlossberg und des Fahrradtunnels unter den Bahngleisen Richtung Steinlach als öffentliche Graffiti-Flächen auszuzeichnen. In Absprache mit dem Jugendzentrum Epplhaus e.V. soll die Verwaltung ein Graffiti-Konzept erarbeiten. Die Vergabe einzelner Abschnitte erfolgt über die Verwaltung. Die Graffiti-Flächen werden in regelmäßigen Abständen mit einer Wandfarbe überstrichen, so dass die Flächen erneut vergeben werden können.

2. Sachstand

2.1 Liste des Jugendgemeinderats

Die vom ehemaligen Jugendgemeinderat Felix Reiter erstellte Liste von 16 potenzielle Graffiti-Flächen in Tübingen wurde im Jugendgemeinderat am 16.10.2009 von der Referentin der Baubürgermeisterin vorgestellt. Es handelt sich überwiegend um Flächen die größtenteils immer wieder illegal besprüht werden. Von einer Legalisierung der Flächen erwartet der Jugendgemeinderat eine Reduzierung illegaler Sprühaktionen als auch eine Aufwertung der Kunstform Graffiti. Weiterer Ansprechpartner zum Projekt ist Graffiti-Experte Dirk Ridder vom Jugendhaus Pauline. Zum weiteren Vorgehen müssen die folgenden Punkte geklärt werden:

- Tauglichkeit der Flächen und Zustimmung der Eigentümer
- Eignung für einmalige Aktion oder mehrfaches Besprühen
- Regeln und Verantwortlichkeiten

Nachdem der Jugendgemeinderat das Vorhaben einstimmig unterstützt hatte, wurde Anfang 2010 die Liste der vorgeschlagenen Standorte mit Herrn Ridder auf Eignung und Rahmenbedingungen überprüft:

Standort	Eigentümer	Eignung	Patenschaft
01 - Mauer am Radweg an der Steinlach	privat	Ja - wiederkehrende Aktionen	H. Ridder
02 - Trafostation Julius-Wurster-Str	SWT	Ja - wiederkehrende Aktionen	H. Ridder
03 - Trafostation frz. Viertel	SWT	Ja - wiederkehrende Aktionen	Jugendliche
04 - Unterführung Güterbahnhof	DB	Nein - unzureichende Belüftung	
05 - E-Werk Brückenstraße	SWT	Ja - wiederkehrende Aktionen	H. Ridder

06 - Gärtnereihäuschen Anlagenpark	Stadt Tübingen	Nein – Umfeld ungeeignet	
07 - Unterführung Alleenbrücke/Neckarinsel	Stadt Tübingen	Ja - wiederkehrende Aktionen	H. Ridder
08, 09 - Unterführungen Ammertalbahn	Zweckverband Ammertalbahn	Ja - wiederkehrende Aktionen	H. Ridder
10, 11 - Stützen und Wände unter der B 28-Brücke am Neckar	Land Baden-Württemberg	Ja - wiederkehrende Aktionen	H. Ridder
12 – Trafostation Ernst-Bloch-Straße	SWT	Nein – Parkplätze direkt davor	
13 - Fahrradabstellplatz Techn. Rathaus	Stadt Tübingen	Zugesagt, mit neuem BauBM klären	
14 – Trafo-Station Pauline-Krone-Heim	SWT	Ja - wiederkehrende Aktionen	Jugendliche
15 - Unterführung Sandweg	Stadt Tübingen	Ja - wiederkehrende Aktionen	H. Ridder
16 - Unterführung GSS	Stadt Tübingen	Ja – Freigabe 2011 denkbar, falls Schwärzlocher Täle entfällt	H.Ridder
Neu – Unterführung Ahornweg/Nordring	Stadt Tübingen	Ja - wiederkehrende Aktionen	H. Ridder

Im Anschluss an diese Klärung wurden die jeweiligen Eigentümer der Flächen um ihre Zustimmung angefragt:

Stadt Tübingen: Das Gärtnereihäuschen am Anlagensee (Nr. 06) ist nicht geeignet. Die Unterführungen auf der Neckarinsel (Nr. 07), am Sandweg (Nr. 15), an der GSS (Nr. 16) und am Ahornweg können angeboten werden, ebenso die Wand am Fahrradabstellplatz beim Technischen Rathaus (Nr.13)

SWT: Die Stadtwerke sind mit einer Nutzung der Trafostationen Julius-Wurster-Straße (nr.02), Französisches Viertel (Nr. 03) und Pauline- Krone-Heim (Nr. 14) einverstanden.

Land Baden-Württemberg: Das Regierungspräsidium Tübingen unterstützt den Versuch über ein geordnetes Angebot die illegalen Graffiti in akzeptable Bahnen zu lenken. Die Verantwortlichen sind gerne bereit, bei den Stützen und Wänden der B-28-Neckarbrücke die Grundlagen zu besprechen, die für das Angebot von Graffiti-Flächen einzuhalten sind. Beispielhaft seien die Flächenvorbereitung und –abgrenzung genannt, damit bei der Bauwerksprüfung und Bauwerksunterhaltung die Aufgaben ohne wesentliche Einschränkungen erfüllt werden können.

Zweckverband Ammertalbahn: Die Brücken über die Neckarinsel (Nr. 08, 09) können unter den folgenden Voraussetzungen in die Pläne für legale Graffiti-Flächen einbezogen werden:

- es erfolgt vorab eine Klärung mit dem Denkmalschutz
- die Mauer darf maximal bis zur Höhe des Tunneldurchgangs besprüht werden
- die Gleisfläche darf keinesfalls betreten werden, jede Irritation für den Zugsbetrieb muss vermieden werden
- es sollte geprüft werden welche Farbe verwendet wird bzw. ob eine Grundierung zur leichteren Entfernung der Farbe Sinn macht
- der Zweckverband wird von jeglichen Ansprüchen aus dieser Aktion freigestellt.

Vom Referat Denkmalschutz im Regierungspräsidium Tübingen wurden im Hinblick auf die immer wieder besprühten Wände die Bedenken hinsichtlich einer gesteuerten Bemalung zu-

rückgestellt. Es muss jedoch drauf geachtet werden, dass bei einer gezielten Bemalung der Tunnelmund (Abtreppung) sowie eine breitere Fasche um den Tunnelmund nicht farbig gefasst wird.

Privat: Der Pächter des Toyota-Autohauses in der Hechinger Straße ist mit einer geordneten Graffiti-Nutzung seiner Mauer am Steinlach-Radweg (Nr. 01) einverstanden.

2.2 AL-Antrag 519/2011

Aus Sicht der Fachabteilung Jugend sind beide Tunnel für eine Freigabe als Graffiti-Flächen aus gesundheitlichen und organisatorischen Gründen nicht geeignet.

Beim Sprühen in Tunneln entstehen Gase, die sich nur sehr langsam verflüchtigen und stark gesundheitsschädlich sind. Diese sind unzumutbar sowohl für die Passanten, die die Tunnel durchqueren, als auch für die sprühenden Jugendlichen selbst, auch wenn diese entsprechende Masken besitzen und benutzen.

Die Beeinträchtigung der Sprüherinnen und Sprüher ist während des Sprühens überhaupt nicht zu verhindern, die der Passanten nur durch eine Sperrung der Tunnel für sechs bis acht Stunden pro Besprühung. Solch eine wiederholte Sperrung wird vermutlich organisatorisch nicht möglich sein.

Vorstellbar wäre nur eine einmalige Besprühung eines Teils des Fahrrad隧nells Richtung Steinlach bei einmaliger ganztägiger Sperrung des Tunnel. Dies würde der Stadt darüber hinaus nicht unbeträchtliche Reinigungskosten ersparen.

2.3 Vorgehen anderer Kommunen

In Baden-Württemberg haben unter anderem Stuttgart, Mannheim und Lörrach legale Flächen für Graffiti ausgewiesen. Sie ziehen eine durchweg positive Bilanz, die „Schmierereien“ und Tags im Umfeld gehen zurück, die Städte erhalten neue Kunstwerke im öffentlichen Raum (Anlage 1).

2.4 Polizeiliche Sichtweise

Das Sprühen illegaler Graffiti und die damit einhergehenden Probleme sind schon sein Jahren immer wieder Gegenstand in Gesprächsrunden zwischen Stadt und Polizei. Hintergrund waren die in der Vergangenheit angestiegenen Fallzahlen, die landesweit, aber besonders auch im Bereich des Stadtgebiets Tübingen festzustellen waren. Reaktion darauf war auf die Verschärfung des § 303 Strafgesetzbuch, nach der nunmehr keine Substanzverletzung zur Strafbarkeit wegen Sachbeschädigung mehr erforderlich ist. Vielmehr genügt ein nicht unwesentlicher Aufwand zur Beseitigung für die Strafbarkeit des Tatbestandes.

Für das Jahr 2009 sind in der Polizeilichen Kriminalstatistik für Tübingen 335 Fälle von Graffiti erfasst. Für 2010 war ein deutlicher Rückgang auf 187 registrierte Fälle zu verzeichnen. Für das laufende Jahr 2011 sind aktuell 199 Fälle bei einer Aufklärungsquote von 6 % erfasst.

Die Stadt Tübingen hat schon frühzeitig auf das Phänomen reagiert. So wurden beispielsweise legale Sprühflächen mit dem Hintergrund angeboten, das illegale Sprühen einzudämmen. Des Weiteren bietet die Stadt in ihrem Ferienprogramm Graffitikurse für Kinder und Jugendliche an, deren Intention neben dem Erlernen der Technik auch die rechtliche Aufklärung ist.

Das hohe Fallaufkommen im Deliktsbereich Graffiti hat sich in den vergangenen zwei Jahren deutlich verringert. Inwieweit die im Bereich Tübingen durchgeführten Präventionsmaßnahmen Wirkung zeigen kann von hier aus nicht beurteilt werden.

Das Anbieten zusätzlicher legaler Sprühflächen wird allerdings polizeilicherseits für kritisch erachtet.

Erfahrungen aus der Vergangenheit, hier insbesondere aus Vernehmungen von ermittelten Beschuldigten, haben gezeigt, dass legale Sprühflächen von Sprayern oft nur zum Üben und Verfeinern des eigenen Stils (TAGs) bzw. der Technik benutzt werden. So konnte beispielsweise in einigen Fällen festgestellt werden, wie sich die Spur der TAGs ausgehend von legalen Sprühflächen über die angrenzenden Straßen in die Stadt verteilt hat. Gerade Gebäudebesitzer in unmittelbarer Nähe von legalen Flächen sind hierbei besonders von entsprechenden TAGs bzw. Farbschmierereien betroffen.

Von Neueinsteigern in die Szene wird auch berichtet, dass man an legalen Flächen mit „Profis“ zusammen gekommen ist und sich da erst Tipps geholt hat.

Ebenso ist aus der Szene bekannt, dass gerade das illegale Sprühen den eigentlichen „Kick“ ausmacht. Flächen, auf denen sich auch alle anderen verewigen können, werden daher von dieser Klientel eher nicht angenommen.

Das Anbieten weiterer legaler Sprühflächen scheint zur Entkriminalisierung der Szene beizutragen. Allerdings wird von hier aus vermutet, dass durch eine Ausweitung des „Angebots“ die Grenzen zwischen legalen und illegalem Sprühen zunehmend verschwimmen, was in der Summe zu keiner Reduzierung der Fallzahlen führt.

Fazit: Eine Ausweitung legalen Sprühflächen allein führt nach polizeilicher Sicht nicht zwingend zu einer Reduzierung „illegaler TAGs“. Sollte sich die Stadt Tübingen für eine Ausweitung des Angebots aussprechen, so wird angeregt, dies zunächst nur in geringem Umfang vorzunehmen und eine weitere Ausweitung erst nach entsprechenden Erfahrungswerten vorzunehmen.

3. Vorgehen der Verwaltung

Da es für eine Ausweitung der legalen Graffiti-Flächen sowohl bei der Polizei als auch in der Bürgerschaft durchaus verständliche Bedenken gibt, möchte die Verwaltung vor einer Klärung der Rahmenbedingungen und Regeln zwischen Eigentümern, Jugendlichen, Polizei, Fachabteilung Ordnung und Gewerbe sowie der Fachabteilung Jugendarbeit die Meinung des Gemeinderats über ein solches Vorgehen einholen.

4. Lösungsvarianten

- 4.1** Die Verwaltung klärt erst die Regeln und Rahmenbedingungen für eine Ausweitung der legalen Graffiti-Flächen und berät auf dieser Grundlage mit dem Gemeinderat
- 4.2** Die Verwaltung verzichtet auf eine Ausweitung des Angebots.

5. Finanzielle Auswirkungen

keine

6. Anlagen

Staatsanzeigerbericht vom 29.06.2011

Staatsanzeiger · Freitag, 29. Juli 2011 · Nr. 29

Kunst im öffentlichen Raum

Graffiti als Spagat zwischen Kunstform und Vandalismus

Wohin das Auge reicht: Graffiti ist überall im öffentlichen Raum zu entdecken. Ob an Hauswänden, auf Zugwaggons oder an Brücken. Schmiererei oder Kunst? Die Meinung der Öffentlichkeit ist geteilt. Auch Vertreter der Kommunen reagieren zunehmend differenziert auf das Thema.

Von Eva Maria Schlosser

STUTTGART. Mal ist sie auf sogenannte Tags, also Signaturkürzel einzelner Sprayer, reduziert, mal sind es farbenfrohe, prächtig anzusehende Kombinationen aus Bild und Text. Wie kunstvoll Graffiti auch sein mag, bleibt diese Malerei, wenn unerwünscht gestaltet, doch eine illegale Aktion und Sachbeschädigung. Mit dieser Begründung wurde auch in Ungarn der international bekannte Künstler János Sugár verhaftet, mit dem der Württembergische Kunstverein (WKV) in Stuttgart an diesem Freitag zu einer Kunstaktion lädt, um über seinen spezifischen Fall und die grundsätzliche Frage nach Kunst und Graffiti im öffentlichen Raum zu diskutieren.

Sugár hatte in Budapest ein Graffiti im öffentlichen Raum gestaltet, die ein deutliches politisches Statement enthielt: „Wash Your Dirty Money With my Art“ – „Wasch Dein dreckiges Geld mit meiner Kunst“. Er wurde zu fünf Monaten Haft auf zwei Jahre Bewährung verurteilt, da sich das Gericht weigerte, die Aktion als Kunst anzuerkennen.

Graffiti erfüllen zunächst den Tatbestand der Sachbeschädigung

Ein hartes Urteil. Aber auch in Deutschland gelten ähnliche Gesetze. Im September 2005 wurde das Strafrecht verschärft beziehungsweise der Sachbeschädigungstatbestand um einen Absatz erweitert. Danach macht sich auch strafbar, wer unbefugt das Erscheinungsbild einer fremden Sa-

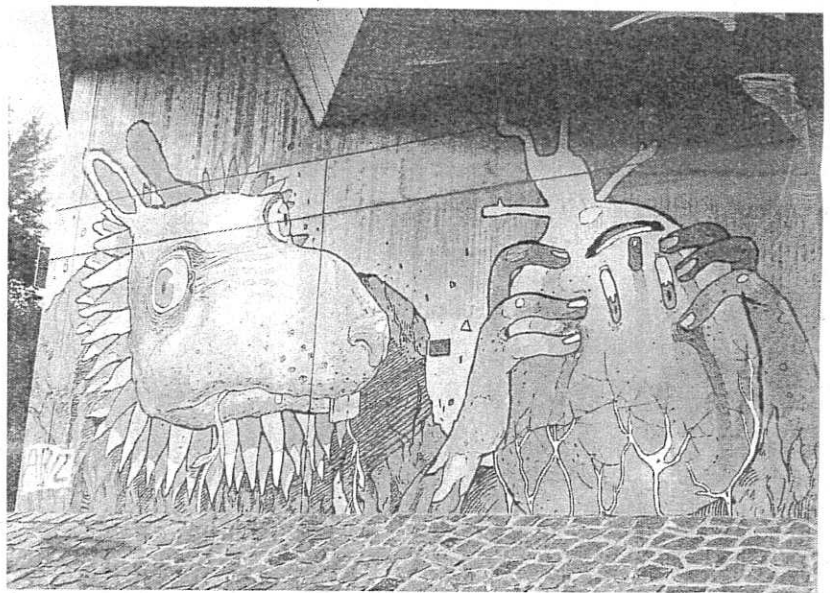
che nicht nur unerheblich und nicht nur vorübergehend verändert.“ Der ehemalige Justizminister Ulrich Goll (FDP) von Baden-Württemberg war an der Gesetzesänderung nicht unerheblich beteiligt. Seine Überzeugung: „Graffiti ist keine Kunst, sondern die Missachtung des Eigentums Anderer.“

Tatsächlich ist besagte unerwünschte „Wandmalerei“ für die Geschädigten nicht nur ärgerlich, sondern auch teuer – wenn der Verursacher nicht ermittelt werden kann. Sprayer, die sich etwa an Fassaden von Privathäusern oder öffentlichen Gebäuden selbst zu verewlichen suchen, müssen mit einer Geldstrafe, mit bis zu 80 Arbeitsstunden oder einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren rechnen.

Die Stimmung in den Kommunen in Bezug auf Graffiti hat sich verändert

Außerdem sind sie schadenersatzpflichtig gegenüber dem Hauseigentümer. Die Graffiti-Schäden sollen jährlich bundesweit zwischen 200 und 500 Millionen Euro liegen. Zahlreiche Initiativen versuchen, diese Kosten einzudämmen, wie etwa das Anti-Graffiti-Mobil in Pforzheim oder das Anti-Graffiti-„Solidarmodell“ in Freiburg, mit dem Ziel, die „Farbschmierereien“ schnell durch ein professionelles Handwerkerteam verschwinden zu lassen, um den Sprayern den Anreiz durch die öffentliche Zurschaustellung ihrer Werke zu nehmen.

Trotzdem: Die Stimmung in den Kommunen, aber auch in der Öffentlichkeit ist mittlerweile konstruktiver, positiver. Das zeigen auch die neuen Online-Umfragen zum Bürgerhaushalt etwa in Stuttgart, in dessen Rahmen des Öfteren das Freistellen von Flächen an öffentlichen Gebäuden gefordert wird. Auch Museen und Galerien präsentieren Graffiti vermehrt als Kunst, etwa das Kunstmuseum Stuttgart, das im März dieses Jahres New Yorker Graffiti-Kunst der 1980er-Jahre zeigte. Und seit geraumer Zeit setzen einige Kommunen auf die Bereitstellung legaler Flächen. Die meisten ziehen dabei eine



Die „Bridge-Gallery“ in Lörrach hat sich zum Anziehungspunkt nicht allein für Graffiti-Künstler entwickelt. (Foto: Stadt Lörrach)

positive Bilanz: Die Sprayer nutzen das Angebot, die „Schmierereien“ im Umfeld gehen zurück.

So geschehen etwa in Mannheim, Stuttgart oder Lörrach. Dort können Jugendliche auf sogenannten Freewalls malen. Allerdings müssen die Künstler sich dazu eine Genehmigung einholen – die sogenannte Greencard. Zusätzlich werden die Künstler über einige Richtlinien aufgeklärt, die Vertreter der Stadt mit Mitgliedern der örtlichen Graffiti-Szene erarbeitet haben. Etwa für die Brückenpfeiler der Autobahn A 98 im Landschaftspark Grüt. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Die vormals trist grauen Pfeiler werden heute von der Stadt selbst stolz „Bridge-Gallery“ genannt und sind nicht nur für Spaziergänger im Park ein Hingucker, sondern mittlerweile ein Anziehungspunkt für Touristen. Und die Stadt Lörrach respektive Jugendreferent Stefan Dieterle denkt bereits weiter. Er plädiert dafür, junge Künstler durch professionelle Kurse und Camps zu fördern.

Stimmen zum Thema



Gudrun Heute-Bluhm, (CDU)
Oberbürgermeisterin der Stadt Lörrach

Lörrach hat eine Kunstgalerie mehr: Die Autobahnpfeiler im Grüt-Park in Lörrach sind durch die Graffiti-Freewalls zum Kunstwerk geworden. Ich bin beeindruckt von den Werken der Sprayer, bei denen die Freewalls schnell zum Geheimtipp wurden, und freue mich, dass unser Jugendparlament diese Aktion ins Leben gerufen hat. Die besprühten Autobahnpfeiler sind für mich ein echter „Hingucker“.



Lothar Quast,
Baubürgermeister der Stadt Mannheim

Das Problem des illegalen Sprayens möchten wir als Stadt Mannheim mit Ausweisungen von Legalflächen lösen. Damit zeigen wir, dass wir die Sprayer respektieren und ernst nehmen und dass uns das Bedürfnis der Jugend nach modernen Ausdrucksformen wichtig ist. Es freut uns, dass die Möglichkeit des legalen Sprayens angenommen wird und wir hoffen, dass sich so das illegale Sprayen reduziert.